**Antrag A5 „Pflichtmitgliedschaft für alle in der Gesetzlichen Krankenkasse“ an den Kreisparteitag der Rhein-Erft SPD am 03.09.2022**

**Antragssteller: OV Horrem**

Die Rhein-Erft-SPD setzt sich für eine Pflichtmitgliedschaft für alle in der Gesetzlichen Krankenkasse ein.

Corona hat uns allen bewiesen, wie wichtig ein gutes und funktionierendes Gesundheitssystem ist.

Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, aber ein solches Gesundheitssystem kostet auch viel Geld.

Über unsere gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sind 73.360.000 Menschen versichert. Davon sind 57.140.000 Beitragszahler. Diese Beitragszahler zahlen zurzeit 7,3 % ihres Gehalts (die Arbeitgeber zahlen denselben Beitrag) in die Solidarkasse, aus der dann auch die Leistungen für die restlichen 16.000.000 bezahlt werden.

Das ist richtig und gut, nur ist es auch so, dass man sich ab einem monatlichen Gehalt von 4837,50 € aus diesem Solidarsystem freikaufen kann. Das ist die sogenannte Beitragsbemessungsobergrenze im Rahmen der Krankenversicherung, ab der eine Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenkasse freiwillig wird. Wenn man das nicht mehr möchte, kann man in eine private Krankenkasse wechseln.

Die privaten Krankenkassen (PKV)haben 8.730.000 Mitglieder.

Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag in der GKV pro Jahr pro Mitglied liegt bei 2173,63 € (mit Arbeitgeberanteil 4347,22). Das durchschnittliche PKV Mitglied zahlt 2130,58 pro Jahr.

Auf dem 1. Blick bedeutet das: Man ist raus aus der Solidarpflicht und bekommt dadurch für weniger Geld eine deutlich bessere Leistung. Auf den 2. Blick ist das natürlich nicht richtig, da in der GKV alle Familienmitglieder mitversichert sind und in der PKV jedes einzelne Familienmitglied separat versichert werden muss. Es bleibt aber dabei, dass die Versicherungsleistungen in der PKV deutlich besser sind als in der gesetzlichen Kasse.

Dieses Zweiklassensystem wird es in einer kapitalistischen Gesellschaft immer geben und jeder Versuch alle Klassenunterschiede aufzuheben ist zum Scheitern verurteilt. Das haben die historischen Beispiele in den gescheiterten kommunistischen und sozialistischen Systemen belegen.

Deshalb ist die SPD auch keine sozialistische oder kommunistische Partei, sondern sozialdemokratisch und will dieses Zweiklassensystem auch nicht abschaffen.

Wir wollen es gerechter machen!

Herr Matthias Mueller als bekam als Vorstand der VW AG 2018 ein Jahresgehalt von 10,141 Millionen €. Unter der Voraussetzung, dass er verheiratet ist und 3 Kinder hat, wird er vermutlich 50.000 € pro Jahr für eine private Krankenversicherung ausgeben haben. Wenn man davon ausgeht, dass sein Konzern ihm die Hälfte dazu gegeben hat, so waren das 0,25 % seines Jahresgehaltes. Jeder seiner Arbeiter in seinem Werk und auch jeder andere in dieser Republik, der unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung lag und liegt, muss 7,3 % für seine Gesundheitsfürsorge ausgeben.

Das ist das dreißigfache von dem was Herr Mueller bezahlt hat!

Das ist ungerecht und deshalb brauchen wir eine Bürgerversicherung, so wie sie schon lange im Parteiprogramm der SPD tief verankert ist.

Wir haben in Deutschland 3,5 Mio. Kapitalgesellschaften. Der durchschnittliche Geschäftsführer einer GmbH verdient 250.000 € pro Jahr (der durchschnittliche Dax Vorstand verdient 5.787.000 pro Jahr). Viele dieser Kapitalgesellschaften haben mehr als einen Geschäftsführer.

Wenn jeder von seinen Einnahmen, sowie in der Schweiz, (hierzu zählen auch Miet-, Pacht- und Zinseinnahmen) einen prozentualen Anteil für die gesetzliche Grundversorgung in die GKV einzahlen würde, könnte man den Beitragssatz von zurzeit 7,3% auf 5 % senken.

Alle Arbeitnehmer hätten dann mehr Geld zur Verfügung, um die Konjunktur anzukurbeln. Für die Unternehmen würde sich so gut wie nichts ändern, da sie die Kosten für die Besserverdienenden mit den Einsparungen für die schlechter verdienenden kompensieren können.

Herr Mueller von der VW AG hätte dann 507.050 € für sich und seine Familie in die Krankenkasse gezahlt. Sein Konzern hätte dieselbe Summe noch einmal ein gezahlt. Wenn Herr Mueller sich und seine Familie mit umfangreichen privaten Zusatzversicherungen besser absichern wollte, so wäre ihm dies gestattet. Wenn er für diesen Zusatzschutz noch einmal 30.000 € pro Jahr aufgebracht hätte, dann wären das 0,3 % seines wohlverdienten Jahresgehaltes mehr, als seine Fließbandarbeiter von ihrem Jahresgehalt abgeführt haben.

Das ist gerecht und das ist sozialdemokratisch.

Die Rhein-Erft-SPD bringt diesen Antrag entsprechend angepasst, auf Landes- und Bundesebene in alle Programmberatungen und Parteitagen, sowie Fraktionen ein und verfolgt seine Ziele überall, wo die Rhein-Erft-SPD die Möglichkeit dazu hat.